

## B. Krise und Wendepunkt des Weltkrieges: das Jahr 1917

Zu Beginn des Jahres 1917 scheint der Krieg auf einem toten Punkt angelangt zu sein. Die Entente kann kaum mehr hoffen, im Landkrieg den Sieg zu erzwingen. Deutschland wird an der Ostfront durch den Beginn der russischen Revolution entlastet und kann sich an der Westfront leichter behaupten als 1916. Dafür wirkt sich der Druck der englischen Blockade immer bedrohlicher aus. Der Wirtschaftskrieg beginnt jetzt kriegsentscheidend auf den Verlauf des Ringens einzuwirken. Der deutsche Versuch, diese Gefahr durch die Verwendung des Unterseebootes gegen die feindliche Handelsschiffahrt abzuwehren, wird der Hauptgrund für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im Frühjahr 1917. Diese Verschiebung der Kräftelage hat Frankreich und England ermutigt, den Krieg unter allen Umständen bis zum endgültigen Sieg fortzuführen. Infolge der schweren Belastung von drei Kriegsjahren hat das Jahr 1917 in allen beteiligten Staaten zu tiefgehender Friedenssehnsucht der Völker und Zeichen revolutionärer Unzufriedenheit nach russischem Vorbild geführt. Es sind mannigfache Friedensfühler ausgestreckt worden, alle ohne Erfolg, da die Entente jetzt auf die kriegsentscheidende Hilfe der Vereinigten Staaten warten kann und begrenzte Angebote der Mittelmächte ihr daher nicht mehr genügen.

### 1. Die Frühjahrsrevolution in Rußland und der Landkrieg an der Westfront

- a) Erschöpfung durch drei erfolglose Feldzüge und Unzufriedenheit aller Volksschichten mit dem reaktionären Regiment Nikolaus' II. führen im März 1917 zur Revolution in Rußland und zum Sturz des Hauses Romanow. Rußland wird **1917** zur Republik erklärt. Der gemäßigte Sozialist Kerenski wünscht zwar den baldigen Friedensschluß ohne Eroberungen und Kriegsschädigungen („ohne Annexionen und Kontributionen“), setzt aber den Krieg fort. Nach einem letzten verzweifelten Offensivversuch verfällt jedoch das Heer immer schnellerer Auflösung durch die revolutionäre Gärung im Innern des Landes.
- b) Durch die Entspannung der Lage im Osten kann das deutsche Heer an der Westfront sich etwas leichter behaupten, als dies Ende 1916 der Fall war. Nach dem enttäuschenden Ausgang der Sommeschlacht wird Joffre abgesetzt. Sein Nachfolger Nivelle will durch eine große englisch-französische Offensive den Durchbruch mit einem Schlag erzwingen. Die deutsche OHL kommt ihm durch Räumung des mittleren Frontteiles und Rückzug in die stark ausgebaute Siegfriedstellung zuvor. Durch diese Reserven einsparende „bewegliche Verteidigung“ kann sie den französischen Frühjahrsangriff in der Champagne (April/Mai) abschlagen. Im Hochsommer beginnt der englische Oberbefehlshaber Haig gegen Bedenken der eigenen Regierung den Ansturm auf die deutschen Stellungen in Flandern, um die deutschen U-Boot-Stützpunkte an der Küste zu erobern. Die Flandernschlacht dauert unter schweren Opfern auf beiden Seiten bis in den Spätherbst. Sie erstickt schließlich im Schlamm des Trichtergeländes, ohne den Engländern mehr als begrenzten Geländegewinn zu bringen.

### 2. Blockade und Wirtschaftskrieg

- a) England hat schon 1914 begonnen, durch den Blockadekrieg den Mittelmächten jede Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen mit wachsender Schärfe zu sperren. Der Krieg wird durch diese Methode des

Wirtschaftskrieges zum totalen Krieg. England hat die Ausdehnung der Blockade auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln damit begründet, daß im modernen Krieg nicht nur das Heer, sondern die gesamte in der Industrie und Landwirtschaft arbeitende Bevölkerung der Ausrüstung und der Versorgung der kämpfenden Truppe dient, so daß der moderne Krieg die überlieferte völkerrechtliche Scheidung von Soldat und Zivilist hinfällig mache. Durch die Verschlechterung der Ernährung werden nun freilich auch Greise, Frauen und Kinder in gleicher Weise mitbetroffen. Durch seine überlegene Flotte kann England weiter die vom Überseehandel abhängigen kleinen neutralen Staaten, Skandinavien, Holland und die Schweiz, zwingen, ihre Ausfuhr nach Deutschland immer mehr einzuschränken. Das „belagerte“ Deutschland wird dadurch gezwungen, in immer größerem Umfang eine staatlich kontrollierte und geregelte Kriegswirtschaft aufzubauen. Lebensmittel und Rohstoffe werden durch die „Kriegsämtler“ dem Verbraucher und dem Industriellen zugeteilt.

Wie im zweiten Weltkrieg lastete die Blockade von Jahr zu Jahr mit stärkerem Druck auf Deutschland. Die von Rathenau frühzeitig angeregte staatliche Bewirtschaftung der kriegswirtschaftlich wichtigen Rohstoffe konnte keinen genügenden Ausgleich für das Fehlen ausländischer Zufuhren schaffen. Alle Kontrolle und Regelung des Verbrauchs vermochte das Fehlen genügender Lebensmittel nicht zu ersetzen. Der Ertrag der Landwirtschaft ging durch das Fehlen vollwertiger Arbeitskräfte und den Mangel an Futtermitteln unaufhaltsam zurück. Die Erfindung von Ersatzstoffen vermochte der Industrie das Ausbleiben ausländischer Rohstoffe nicht zu ersetzen. Die Kriegswirtschaft schon des ersten Weltkrieges war nicht nur, aber besonders in Deutschland bedeutsam als Ansatz zu einer staatlich gelenkten Planwirtschaft; sie vermochte jedoch die Schwächen der natürlichen Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens nicht in genügendem Maße auszugleichen. Schon seit 1916 begann eine Zeit harter Entbehrungen. Die Zuteilung von Brot und Kartoffeln wurde immer geringer. Alles das mußte sich unvermeidlich auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken und alle Gegensätze im Innern Deutschlands bedenklich verschärfen.

### 3. Der Seekrieg bis Ende 1916

Eine Sprengung der Blockade wäre nur durch den Seesieg über die englische Flotte erreichbar gewesen. Die Hoffnungen der Nation auf die von Tirpitz geschaffene Schlachtflotte sind aber durch den Verlauf des Krieges bitter enttäuscht worden. Angesichts der Überlegenheit der englischen Flotte wird die Flotte bis 1915 vorsichtig zurückgehalten. Sie hat sich dann in der Schlacht am Skagerrak 1916 1916 tapfer geschlagen, ohne aber einen wirklichen Sieg über den englischen Gegner erringen zu können.

- a) Nach Kriegsbeginn erliegen die deutschen Auslandskreuzer schnell der englischen Übermacht. Das Ostasiengeschwader des Grafen Spee siegt bei Coronel über schwächere englische Kräfte, geht aber schon am 8. Dezember 1914 bei den Falklandinseln in tapferem Kampfe gegen ein schnell zusammengezogenes, weit überlegenes Geschwader unter.
- b) Die Hochseeflotte wird gegen den langsam wachsenden Widerstand des Staatssekretärs von Tirpitz zurückgehalten, da Kaiser, Kanzler und Flottenkommando sie nicht der Gefahr der Vernichtung aussetzen wollen. Man will sie für den Fall von Friedensverhandlungen „intakt“ in der Hand behalten. Die englische Führung unter Admiral Jellicoe begnügt sich mit einer auf die schottischen Häfen

gestützten Fernblockade, die unnütze Verluste vermeidet und durch Neubauten die eigene Überlegenheit ständig verstärkt. Erst 1916 wird Admiral Scheer zum Befehlshaber der Hochseeflotte ernannt. Er beginnt die Engländer durch kühne Vorstöße zu reizen. Dadurch kommt es am 31. Mai 1916 zur Begegnungsschlacht im Skagerrak. Zweimal stößt die deutsche Flotte in ungünstiger Formation auf die sie weit überragende Front des Gegners und entzieht sich dieser gefährlichen Lage durch schnelle Kehrtwendung, die der Feind gewandt abschüttelt. In der Nacht bahnt sie sich im Durchbruch durch die Marschlinie Jellicoes den Weg hinter die schützende Minensperre der Helgoländer Bucht.

Es war eine rühmliche Leistung, daß Scheer der englischen Flotte trotz ihrer Überlegenheit und wenig günstiger Einzellagen schwerere Verluste beibrachte, als er selbst erlitt. Die Skagerrakschlacht wurde daher in Deutschland mit Jubel als „Sieg“ gefeiert. Die vorsichtige Führung Jellicoes war auch in England Gegenstand herber Kritik und Enttäuschung. Trotzdem bleibt unbestreitbar daß die Skagerrakschlacht keine „durchgefochtene“ Schlacht war. Admiral Scheer erkannte selbst, daß ein entscheidender Sieg über die „Grand Fleet“ bei den Kräfteverhältnissen nicht in Frage kommen konnte. Er gab daher nach der Schlacht den Rat, das Schwergewicht der Seekriegführung endgültig auf die U-Boot-Waffe zu verlegen. Die deutsche Schlachtflotte diente seitdem nur noch als Rückhalt der U-Boot-Waffe und blieb auf einen aufreißenden, aber wenig anfeuernden Stellungskrieg hinter dem Minengürtel der Nordsee beschränkt. Sie wurde dadurch der innerpolitischen Gärung zugänglich. Schon im Sommer 1917 kam es zu kleineren, schnell unterdrückten Meutereien, ohne daß die in dieser Lage des Seekrieges wurzelnden Uebelstände gehoben werden konnten.

c) Der Unterseebootkrieg. Durch die Enttäuschung der auf die Schlachtflotte gesetzten Hoffnungen und durch die lebensgefährliche Wirkung der Blockade ist Deutschland gezwungen worden, seine Hoffnungen auf die U-Boot-Waffe zu setzen, obwohl Tirpitz ihr bis 1914 nur eine sehr bescheidene Rolle zugemessen hatte. Der Gegner beginnt sehr bald, auch seine Handelsschiffe mit Geschützen auszustatten. Deutschland glaubt sich daher gezwungen und berechtigt, von dem zunächst nach den Regeln des Völkerrechts (Anhalten und Durchsuchung der Handelsschiffe auf hoher See; Zeit zum Aufsuchen der Rettungsboote durch die Besatzung) geführten Kreuzerkrieg mit U-Booten zu dem sogenannten verschärften U-Boot-Krieg (Torpedierung des für feindlich gehaltenen Handelsschiffes ohne Warnung) überzugehen. Es stellt sich heraus, daß dadurch auch neutrale Schiffe betroffen werden und daß sich unter den Passagieren feindlicher Handelsschiffe immer wieder auch Angehörige neutraler Staaten befinden. So hat der uneingeschränkte (warnungslose) U-Boot-Krieg die Folge, daß er mehr als jede andere Einzelursache das Verhältnis Deutschlands zu den neutralen Staaten getrübt und schließlich die stärkste neutrale Macht, die Vereinigten Staaten, auf die Seite der Gegner geführt hat.

1. Im Gegensatz zu seinem früheren Verhalten ist Tirpitz im Kriege der leidenschaftlichste Vertreter des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geworden. Schon Februar 1915 werden die Gewässer um Großbritannien und Irland zum Kampfgebiet erklärt, in dem jedes angetroffene Schiff warnungslos versenkt werden soll, obwohl die Zahl der vorhandenen U-Boote dazu in keiner Weise hinreicht. Nach der Versenkung des englischen Riesendampfers Lusitania (7. Mai 1915), bei der 1200 Menschen, davon 118 Amerikaner, ums Leben kommen, scheint der Kriegsausbruch mit den Vereinigten Staaten kaum mehr vermeidbar. Er wird durch Verzicht auf die

warnungslose Versenkung noch einmal abgewendet. Im Frühjahr 1916 wird zwar der uneingeschränkte U-Boot-Krieg kurze Zeit wieder aufgenommen, aber nach erneuten Zwischenfällen auf Grund eines scharfen Ultimatus des amerikanischen Präsidenten Wilson wieder eingestellt. Deutschland muß die Zusage geben, daß es den U-Boot-Krieg fortan nur nach den Regeln des Kreuzerkrieges führen werde. Tirpitz, der sich jedem Einlenken widersetzt, ist schon März 1916 entlassen worden.

2. Die wachsende Bedrängtheit der deutschen Lage durch Landkrieg und Hungerblockade führt aber übermächtig zu der Forderung nach einer Wiederaufnahme des warnungslosen U-Boot-Krieges, nachdem die Zahl der Boote auf 93 vermehrt ist. Die Marine glaubt versprechen zu können, daß sie den Krieg durch Aushungerung Englands auf diesem Wege in etwa sechs Monaten beenden kann. Die OHL erklärt, daß der Krieg ohne den Gebrauch dieses Mittels verlorengehen müsse. Die öffentliche Meinung und der Reichstag schließen sich ihnen überwiegend an. Die Reichsregierung, vor allem der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, hat sich diesem Schritt bis zuletzt widersetzt, weil er die Bedeutung einer amerikanischen Kriegserklärung richtig einschätzt. Auch er gibt aber schließlich dem Druck der OHL nach. Am 9. Januar 1917 wird die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges beschlossen.

#### 4. Neutralität und Kriegseintritt der Vereinigten Staaten

Präsident Wilson hat 1914 sofort die Neutralität der Vereinigten Staaten erklärt. Seine Sympathien, wie die der meisten Amerikaner, gehören überwiegend den demokratischen Ententestaaten, nicht dem monarchischen und militärischen Deutschland. Er hat jedoch lange Zeit gehofft, den Krieg als Vermittler beenden zu können, und sich nur schwer entschlossen, die Vereinigten Staaten, die letzte neutrale Großmacht, in den Krieg zu führen.

Wilson's Neutralitätspolitik ist nicht nur auf deutscher Seite auf Schwierigkeiten gestoßen. Er hat auch mit England zeitweise sehr starke Reibungen gehabt, da die Handhabung der Blockade durch England den Handel des neutralen Amerika empfindlich erschwert hat. Die Blockade hat zur Folge gehabt, daß Amerika den Überschuß seiner landwirtschaftlichen Erzeugung (Getreide, Fleisch, Baumwolle) und seiner Industrieproduktion nur nach den Ententestaaten, nicht nach dem vom Weltmeer abgeschlossenen Deutschland ausführen kann. Diese Ausfuhr ist bald durch Bewilligung großer privater Anleihen an die Ententestaaten gefördert worden, ohne die die Bezahlung der großen Lieferungen an Rüstungsmaterial unmöglich gewesen wäre. Die amerikanische Wirtschaft gerät dadurch in so enge Verbindung mit der Wirtschaft und der Finanz der Alliierten, daß sie notwendig am Sieg der Entente interessiert ist. Trotzdem haben wirtschaftliche Einflüsse keine entscheidende Bedeutung für die Entschlüsse Wilsons erlangt.

Er hat noch bis Ende 1916 einen Friedensschritt geplant, der durch rechtzeitige Beendigung des Krieges verhindern sollte, daß Amerika zum Eingreifen gezwungen wurde. Die deutsche Regierung hat lange auf ihn gehofft, aber nach dem Fall von Bukarest geglaubt, nicht länger mehr warten zu können. Sie kommt ihm daher am 12. Dezember 1916 mit einem eigenen Friedensangebot zuvor, das von der Entente sofort scharf zurückgewiesen wird. Wilson folgt mit seinem Friedensschritt. Er fordert die Kriegführenden auf, ihre Kriegsziele bekanntzugeben. Bethmann ist bereit, auf die amerikanische Vermittlung einzugehen, zögert aber anfangs, die von Wilson verlangten Kriegsziele mitzuteilen. **1916**

So erfolgt die Überreichung einer Note über die deutschen Kriegsziele im Februar 1917 gleichzeitig mit der Mitteilung, daß die Wiederauf-

nahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges bevorstehe. Das erscheint Wilson und der erdrückenden Mehrheit der amerikanischen Nation nach den Vorgängen der Jahre 1915 und 1916 untragbar. Die Folge ist daher die amerikanische Kriegserklärung (April 1917). Der **1917** Einfluß der Vereinigten Staaten führt zum Anschluß fast aller mittel- und südamerikanischen Staaten. Deutschland steht im Kampf gegen dreiviertel der Menschheit, 28 Staaten, davon 6 Großmächte.

Im Zeitpunkt dieser Kriegserklärung glaubte der deutsche Admiralstab versichern zu können, daß der U-Boot-Krieg England auf die Knie zwingen werde, ehe die amerikanische Hilfe wirksam sein könne. Die OHL schloß sich daher dieser Ansicht an und zwang den widerstrebenden Reichskanzler, der die Bedeutung des Ereignisses richtig erkannte, zum Nachgeben. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg schien in den nächsten Monaten die auf ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. England fürchtete zeitweise, die Krise nicht überstehen zu können. Das gelang ihm aber doch durch eine Reihe von Mitteln, die die Berechnungen des deutschen Admiralstabes nicht vorausgesehen hatten: Steigerung des Schiffneubaues in England und vor allem in Amerika; Beschlagnahme der in amerikanischen und neutralen Häfen bei Kriegsausbruch stillgelegten deutschen Dampfer; von den Vereinigten Staaten geförderter Zwang auf die Neutralen, vor allem Norwegen und Holland, ihre Handelsflotten zum Teil der Entente zur Verfügung zu stellen; schließlich durch neue Abwehrmittel, die Erfindung von Horchapparaten zur Feststellung der U-Boote und das „Konvoisystem“, das Geleit von Handelsschiffen durch Kriegsschiffe. Schon seit dem Sommer 1917 ging daher die Zahl der Versenkungen ständig und schließlich hoffnungslos zurück.

## 5. Die politische Krise des Jahres 1917

Die Überspannung der Kräfte in den bereits seit 1914 kriegführenden Staaten hat 1917 überall zu einer schweren inneren Krise geführt. Im Gegensatz zu den deutschen Erwartungen haben die auf amerikanische Hilfe hoffenden Demokratien Westeuropas diese erfolgreich überstehen können. Sie lösen trotz Fortdauer der Tätigkeit der Parlamente die Aufgabe, alle Kräfte ihrer Völker straff für die Zwecke der Kriegführung zusammenzufassen. In England erhält seit Ende 1916 das Kabinett Lloyd George nahezu diktatorische Vollmachten. In Frankreich ist die Erschütterung des Jahres 1917 tiefer gegangen. Am Jahresende erhält aber auch Frankreich in dem greisen Clemenceau einen Ministerpräsidenten, der alle Widerstände bricht und die aus schweren Wunden blutende Nation bis zum Kriegsende mit eiserner Energie zusammenhält. Unter dem freilich sehr viel schwereren Druck von Krieg und Wirtschaftsnot, der in dem autokratischen Rußland bereits zur Revolution geführt hat, zeigen sich aber 1917 auch im Staatsgebäude der Monarchien Deutschlands und noch mehr Österreich-Ungarns bedenklich tiefe Risse.

- a) Die ersten Kriegsjahre sind in Deutschland durch einen „Burgfrieden“ der Parteien gekennzeichnet, der alle Volksschichten in gemeinsamer Anstrengung für den Krieg vereinigt. Die militärischen Erfolge der Jahre 1914/15 haben aber zur Folge, daß weite Kreise, vor allem der Rechtsparteien, das Erreichte überschätzen. Sie vertreten ein Programm des Annexionismus, der zur „Sicherung“ des Reiches im Westen und Osten umfangreiche direkte und indirekte Gebietswerbungen fordert: im Westen das Erzbecken von Briey, die politische und wirtschaftliche Angliederung Belgiens an das Reich mit deutscher Verfügung über die flandrische Küste und Lüttich als Mindestmaß, die Auflösung des belgischen Staates in eine

fämische und wallonische Hälfte; im Osten die Angliederung Polens und des Baltikums. Der Reichskanzler von Bethmann hat diese Hoffnungen niemals geteilt. Er wagt aber nicht, ihnen rückhaltlos entgegenzutreten, da die dritte OHL diese Illusion der Rechtsparteien teilt und seine eigene Stellung schwer gefährdet ist. Je länger der Krieg dauert, desto stärker wird der Widerstand gegen seine Fortdauer, die vor allem durch die Linksparteien weitgehend den „annexionistischen“ Forderungen zugeschrieben wird. Der Burgfriede zerfällt und macht allmählich einem leidenschaftlichen Parteistreit Platz.

- b) Diese Gegensätze verbinden sich mit alten innerpolitischen Streitfragen. Der Krieg beansprucht die Kraft des ganzen Volkes in Heer oder Wirtschaft. Ende 1916 setzt Ludendorff die Annahme des sogenannten „Hindenburgprogramms“ durch, das zur Steigerung der Kriegsproduktion eine „Zivildienstpflicht“ einführt und die persönliche Bewegungsfreiheit weitgehend einschränkt, während die Leiden der breiten Massen immer größer werden. Die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei (Mehrheitssozialdemokratie) hat seit 1914 die Kriegführung durch regelmäßige Bewilligung der Kriegskredite und Mitarbeit der Gewerkschaften in der Rüstungsindustrie mit wenigen Ausnahmen unterstützt. Unter dem Druck dieser Lage und angesichts des Beispiels der russischen Revolution spaltet sich jetzt die Partei: der linke Flügel gründet Ostern 1917 eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD); die radikalen Elemente schließen sich in der Kommunistischen Spartakusgruppe, so genannt nach dem Führer des Sklavenaufstandes im alten Rom, zusammen.
- c) Angesichts dieser bedrohlichen Lage glaubt Bethmann-Hollweg zu einer Politik der „Neuorientierung“ greifen zu müssen, die der Forderung weitester Kreise nach einer Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts entgegenkommt. Nach der sie ankündenden „Osterbotschaft“ des Kaisers beginnt jedoch über ihre Einzelheiten ein erbitterter Streit zwischen Rechts- und Linksparteien, in dem die OHL die Partei der Rechten gegen den Reichskanzler ergreift. Beim Zusammentritt des Reichstages im Juli 1917 kommt es zur Krise. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger äußert zum erstenmal Zweifel an der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges. Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie fordern eine „Friedensresolution“, welche die Bereitschaft Deutschlands zu einem Frieden der Verständigung bekunden soll. Bethmann sieht sich schließlich von allen Parteien verlassen und wird durch die OHL gestürzt. Diese sucht vergeblich die Annahme der Friedensresolution zu verhindern. Der unter ihrem Einfluß zum Nachfolger Bethmanns ernannte Michaelis kann sich nur wenige Monate behaupten. Er wird von den Reichstagsparteien nach einer tief erbitterten Debatte über die Marinemeutereien des Sommers gestürzt. Sein Nachfolger wird der greise Graf Hertling, der schon durch sein Alter außerstande ist, sich neben der OHL zu behaupten.
- d) Noch schwerer ist Österreich von der Krise betroffen. Die Nationalitäten lehnen sich immer stärker auf und treten durch Flüchtlinge wie die tschechischen Führer Masaryk und Benesch mit der Entente in Verbindung. Nach dem Tode Kaiser Franz Josephs (1916) beginnt sein Nachfolger Karl auf einen baldigen Friedensschluß zu drängen. Er knüpft durch seinen Schwager Sixtus von Parma hinter dem Rücken Deutschlands geheime Verbindungen mit der Entente an und läßt seine Bereitwilligkeit erkennen, Deutschland zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu bewegen. Ein Erfolg bleibt ihm versagt, da er sich nicht zu größeren Gebietsabtretungen an Italien entschließen kann, das auf seinen Ansprüchen aus dem Londoner Vertrag besteht. Aber die inneren Spaltungen und Risse im Zweibund werden dadurch der Entente erkenntlich. In Ungarn hält Graf Tisza starr an der Vorherrschaft der Madjaren fest und treibt dadurch die Nationalitäten zu erbittertem Widerstand.

Dauernde Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des besetzten Polens, dessen künftige Erhebung zum Königreich 1916 versprochen wird, trennen ebenfalls die Verbündeten.

- e) Friedensbemühungen des Sommers 1917. Angesichts dieser Lage, die für die Mittelmächte politisch noch viel ungünstiger ist als militärisch, scheitern auch die beiden wichtigsten Friedensbemühungen des Jahres 1917:
1. Papst Benedikt XIV. glaubt, einen Frieden vermitteln zu können, wenn Deutschland das wichtigste englische Kriegsziel durch Bereitschaft zu voller Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens zugestehe. Die von ihm am 9. August herausgegebene Friedensnote wird von der Entente, Wilson, England, Frankreich wie Italien, sofort und scharf abgelehnt. Die deutsche Regierung ist zögernd auf sie eingegangen, da sich die OHL gegen den vollen Verzicht auf Belgien sträubt, den die Reichstagsmehrheit bereits wünscht. Die entgegenkommende, aber in diesem Punkt nicht vorbehaltlose Antwort hat jedoch den Gang der Ereignisse nicht entscheidend beeinflusst. Der durch die deutsche Zurückhaltung angerichtete Schaden liegt mehr auf dem Feld der inneren als der äußeren Politik.
  2. Im Gegensatz zu der OHL hat Staatssekretär von Kühlmann den Standpunkt vertreten, daß ein deutscher Verzicht auf Belgien angesichts der Kriegslage unvermeidlich geworden sei. Er betrachtet aber Belgien als „Faustpfand“, auf das er erst im Verlauf wirklich ernster Friedensverhandlungen verzichten will. Die auf dieser Grundlage von ihm eingeleitete, streng geheime Sondierung in London verläuft jedoch völlig ergebnislos.

Nach der Lage Deutschlands im Jahre 1917 war zweifellos der Verzicht auf Belgien das Gegebene, auch wenn er allein nicht zum Frieden geführt hätte. Die belgische Frage hat aber das Scheitern aller Friedensbemühungen nicht etwa ausschließlich herbeigeführt. Die deutsche Politik blieb bis in den Herbst 1918 fest entschlossen, unter keinen Umständen auf Elsaß-Lothringen zu verzichten. Frankreich hielt ebenso unerschütterlich daran fest, daß es den Krieg nicht ohne die Wiedererwerbung der 1871 verlorenen Provinzen beenden werde.

England hat sich durch Lloyd George im Herbst 1917 feierlich darauf verpflichtet, ebenfalls die Waffen nicht niederzulegen, ehe Frankreich den Besitz Elsaß-Lothringens wiedergewonnen habe. Er verkündet die Absicht, den Krieg bis zum bitteren Ende, dem Knockout blow gegen Deutschland, fortzusetzen. Staatssekretär von Kühlmann antwortet im Reichstag auf diese Forderung mit einem: Niemals, das zu dieser Zeit noch von der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands gebilligt wird.

Die militärische Lage schien am Jahresende zu so weitgehenden deutschen Zugeständnissen nicht zu zwingen. Gegen die Wünsche weiter Kreise, die kriegsmüde und erschöpft waren, vertraten die Rechtsparteien und die OHL noch immer die Auffassung, daß ein deutscher Waffensieg vor dem Eintreffen der Amerikaner in Europa und damit ein Friede nicht nur des Status quo, sondern ein Friede mit wesentlichen Vorteilen möglich sei. Sie beriefen sich darauf, daß die Ereignisse des Jahresendes die militärische Lage der Mittelmächte wider alles Erwarten zu bessern schienen.

## 6. Die Novemberrevolution in Rußland und der Friede von Brest-Litowsk

Das Jahresende 1917 bringt die erfolgreiche Offensive in Italien (vgl. S. 47), die zeitweise das italienische Heer nahezu ausschaltet. Vor allem 1917 scheidet Rußland durch den Sieg der bolschewistischen Revolution aus den Reihen der Entente aus. Der Friede von Brest-Litowsk scheint den Krieg an der Ostfront zu beenden und die gesamte deutsche

Heeresmacht für die Westfront frei zu machen. Am Jahresende ist das Gleichgewicht der Kräfte — bis zum Eintreffen amerikanischer Unterstützung — vorübergehend zugunsten der Mittelmächte gebrochen.

- a) Die bürgerliche Republik wird in Rußland am 6. November 1917 durch die Erhebung der Arbeiter- und Soldatenpartei, der Bolschewiki (= Mehrheit; im Gegensatz zu Menschewiki = Minderheit) gestürzt. Sie ist das Werk Lenins und Trotzki's, die bis 1917 in der Verbannung gelebt haben. Lenin errichtet jetzt im Sinne von Karl Marx eine „Diktatur des Proletariats“, deren Organe die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sowie der Zentralrat der Sowjets sind. Regierungskörper wird der von ihm geleitete Rat der Volkskommissare. Die siegreiche Revolution beginnt sofort mit dem Versuch, das Programm des marxistischen Sozialismus in vollem Umfang durchzuführen.

Der Sieg Lenins über Kerenski geht auf zwei Ursachen zurück: er kommt dem Landhunger des russischen Bauern, den auch die Agrarreform Stolypins nicht gestillt hat, durch das Versprechen sofortiger Landteilung entgegen. Die Bauernsoldaten des Heeres schließen sich daher der bolschewistischen Führung an. Lenin erklärt, daß der Krieg nur eine Sache des imperialistischen Kapitalismus sei, die sozialistische Revolution den Frieden bedeute. Die Weltrevolution proklamiert den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Sie wird durch eine umfassende Propaganda für den Augenblick das wichtigste Machtinstrument des Bolschewismus. Rußland ist militärisch durch die Auflösung des Heeres völlig hilflos. Es trennt sich von der Entente, erkennt grundsätzlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker an und erklärt sich bereit, den unterworfenen Völkern Rußlands, Finnland, Ostseeprovinzen, Polen, Ukrainern, das Recht der Trennung vom Reich zuzugestehen. Lenin schließt sofort Waffenstillstand mit den Mittelmächten, hofft aber, sich bei den Friedensverhandlungen durch die Macht dieser revolutionären Ideen behaupten zu können.

- b) Bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk kommt es zu schweren Zusammenstößen der deutschen und russischen Auffassung von Selbstbestimmungsrecht der Völker, das beide Teile theoretisch anerkennen. Deutschland verlangt Entscheidung der Randstaatenbevölkerungen über ihr künftiges Schicksal unter Fortdauer der deutschen Besatzung, Rußland aber eine Volksabstimmung nach Abzug der deutschen Truppen in der Hoffnung, daß diese Gebiete sich dann der bolschewistischen Revolution anschließen werden. Wieder kommt es auf deutscher Seite zu schweren Reibungen zwischen Heeresleitung und politischer Führung. Ludendorff stellt Forderungen — Grenzabtretungen Polens; Loslösung der baltischen Provinzen von Rußland —, die Kühlmann mit Rücksicht auf einen dauernden Frieden im Osten zu weit gehen. In der Hauptsache setzt sich die Heeresleitung auch dieses Mal durch. Nach dem Abschluß eines Sonderfriedens mit der Ukraine, die sich der Herrschaft des Bolschewismus widersetzt, kommt es zum Abbruch der Verhandlungen. Die Erneuerung des deutschen Vormarsches, die selbst Petersburg zu bedrohen scheint, zwingt Lenin zum Frieden unter voller Annahme der deutschen Bedingungen. Auch Rumänien muß sich durch den Bukarester Frieden anschließen.

Es schien in diesem Augenblick so, als ob Deutschland Rückenfreiheit im Osten erlangt habe. Tatsächlich blieb aber das Verhältnis zu dem bolschewistischen Rußland dauernd gespannt. Die Ukraine wurde zur Sicherung der von ihr versprochenen Getreidelieferungen durch deutsche Truppen besetzt, Finnland durch deutsche Hilfe vor dem Bolschewismus gerettet. Dadurch blieben aber erhebliche Teile des deutschen Heeres im Osten gebunden, nicht zum wenigsten, weil sich Rußland mit gewissen Forderungen der OHL, dem Verlust der Ukraine und der ganzen Ostseeküste bis dicht vor Petersburg, unmög-



lich abfinden konnte. Unter den Verbündeten Deutschlands begann ein erbitterter Streit zwischen der Türkei und Bulgarien um die Dobrudscha. Rumänien, das im Frieden eine weitgehende wirtschaftliche Bevormundung durch die Mittelmächte hatte zugestehen müssen, dafür aber aus russischem Besitz Bessarabien erhielt, blieb unversöhnt und wartete nur auf eine Gelegenheit, die Waffen wieder zu ergreifen. Als 1918 die deutschen Armeen zum Angriff im Westen antraten, war die Ostfront in Wirklichkeit doch nicht bereinigt.

### C. Das Jahr 1918: Deutsche Offensive und Kriegsausgang

#### 1. Die 14 Punkte des Präsidenten Wilson

Zu Beginn des Jahres 1918 entwickelt Präsident Wilson als Antwort auf das Friedensprogramm der russischen Revolution und den Vertrag von Brest-Litowsk in der Senatsrede des 8. Januar 1918 seine in „14 Punkten“ niedergelegten Kriegsziele. Der Weltkrieg ist für ihn ein Krieg der Demokratie gegen „willkürliche“, monarchische (autokratische) und militärische Gewalt: to make the world safe for democracy. Sein Ziel besteht darin, die Wiederholung eines solchen Unheils unmöglich zu machen: war to end war. Der Weg dazu soll ein Friede der Gerechtigkeit auf Grund des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der Völker sein. Sicherheit für die Zukunft erhofft er von der Abschaffung der Geheimdiplomatie und der Errichtung eines „Völkerbundes“, der gegen Friedensstörungen einschreiten soll. Zum erstenmal wird der Versuch gemacht, den Gedanken freiwilliger Zusammenarbeit der Völker in überstaatlichem Zusammenschluß an die Stelle der überlieferten Macht- und Interessenpolitik zu setzen. Präsident Wilson möchte die Ideen der Friedensbewegung durch eine Organisation der Völkerwelt gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen, wie es der Weltkrieg gewesen ist, verwirklichen.

Das Programm der 14 Punkte skizziert diese Ideen einer modernen demokratischen Friedenspolitik. Es bedeutet Abwehr gegen die bolschewistische Predigt der Weltrevolution und enthält zugleich die Bedingungen, die er den Mittelmächten stellen will. Dabei geht Wilson selbständig vor. Er kennt die Geheimverträge der europäischen Ententestaaten, die Forderungen Italiens nach dem Londoner Vertrag, die Pläne zur Aufteilung der Türkei, die französischen Wünsche und die englischen Ansprüche auf den Besitz der deutschen Kolonien. Er hat diese jedoch bewußt unbeachtet gelassen, um ohne Gefährdung der Kriegszusammenarbeit mit den befreundeten Mächten die Selbständigkeit der amerikanischen Politik zu wahren. Die Vereinigten Staaten sind nur befreundete, nicht verbündete (assoziierte, nicht alliierte) Macht. — Die 14 Punkte fordern: öffentliche Friedensverträge und Abschaffung der Geheimdiplomatie; Grenzziehung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker; Errichtung eines Völkerbundes und — im Gegensatz zur Überlieferung Englands — Freiheit der Meere. Im einzelnen verlangen sie volle Wiederherstellung Belgiens, Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Grenzziehung für Italien nach dem Gesichtspunkt der Nationalität. Wilson tritt für ein unabhängiges Polen mit Zugang zum Meer ein, fordert die Befreiung der von der Türkei beherrschten Fremdvölker, innere Autonomie der Nationalitäten Osterreich-Ungarns (noch nicht dessen Auflösung) und verlangt eine Regelung der Kolonialfrage auf Grund allgemeiner Gerechtigkeit und mit Rücksicht auf die Wünsche der Eingeborenen.

Wilson's 14 Punkte sind zunächst in Deutschland nahezu allgemein abgelehnt worden. Seine Ideen erschienen als Träumereien eines Utopisten oder als Werkzeuge einer machiavellistischen Realpolitik. Seine Bedingungen (Elsaß-Lothringen, Polen) wurden nicht nur als unannehmbar angesehen, sondern erschienen auch der — im Augenblick für Deutschland günstigen — Kriegslage in keiner Weise zu entsprechen. Dieses viel verspottete Programm der 14 Punkte besaß aber in Wirklichkeit große politische Stoßkraft. Es war den Regierungen der Entente vielfach unbequem, gab aber ihren Völkern ein zugkräftiges Programm der Friedensziele, das die Fortsetzung des Kampfes bis zum vollen Siege sinnvoll erscheinen ließ. Propagandistisch hat es, wenigstens in den Monaten des Kriegsendes, als die Zensur im Lager der Mittelmächte gelockert wurde, auch auf deren Bevölkerung tiefen Eindruck gemacht. Gesichtlich aber besitzt es bleibende Bedeutung als erste Verkündung eines konstruktiven Programms der Friedenssicherung in der Völkerwelt auf demokratischer Grundlage, ohne dessen Gedanken die weitere Geschichte des 20. Jahrhunderts einfach nicht zu verstehen ist.

## 2. Die deutsche Offensive, März bis Juli 1918

Die deutsche Heeresleitung hat alle verfügbaren Truppen im Westen zusammengefaßt und alle Kräfte zur Vorbereitung ihrer Offensive angespannt, um vor dem Eintreffen der Amerikaner eine Entscheidung des Krieges zu erzwingen. Vom März bis Juli 1918 führt sie vier wuchtige Angriffsstöße. Das Ergebnis ist, daß die deutschen Kräfte nicht hinreichen, um in dieser Frist eine kriegsentscheidende Wendung zu erzwingen.

- a) Der erste und stärkste deutsche Stoß vom 21. März 1918 führt über das Trichter-  
gelände der Sommeschlacht in 60 km Tiefe bis kurz vor Amiens. Sein Erfolg übertrifft alles, was die Ententeoffensiven von 1914 bis 1917 erreicht haben. Die erhoffte Trennung von Engländern und Franzosen mißglückt jedoch. Auf der Höhe der Krise unterstellen Frankreich und England ihre Heere an der Westfront dem Oberbefehl des Generals Foch. Sie erreichen damit ebenfalls die Einheit des Oberkommandos, in der bisher ein gut Teil der militärischen Überlegenheit Deutschlands begründet war.
- b) Es folgt ein mehr örtlicher Angriff an der Ypernfront (April), der nach Anfangserfolgen durch Engländer und Franzosen am Kemmelberg aufgefangen wird, ohne daß das englische Heer auf die Kanalküste zurückgeworfen wird.
- c) Die dritte deutsche Offensive am Chemin des Dames richtet sich gegen die Franzosen, um Reserven zu binden, ehe der entscheidende Angriff gegen die Engländer erneuert wird. Seine Erfolge sind überraschend groß und führen das deutsche Heer wie 1914 noch einmal an die Marne, ehe es Foch gelingt, den Stoß durch Heranführung von Reserven, zum erstenmal auch von Amerikanern in größerem Umfang, aufzuhalten.
- d) Ludendorff plant noch immer, den entscheidenden Schlag gegen die Engländer in Flandern zu führen, hält aber noch einmal einen vorbereitenden Ablenkungsangriff zur Bindung der feindlichen Reserven für notwendig. Er greift daher am 15. Juli beiderseits Reims und an der Marne an. Dieses Mal hat die feindliche Führung die Abwehr vorbereiten können. Der deutsche Stoß kommt nach wenigen Tagen unter enttäuschend geringen Ergebnissen zum Stehen.

Damit ist die Kraft des deutschen Heeres erschöpft. Seine Beweglichkeit ist durch den Mangel an Treibstoff begrenzt. Die Divisionen sind nur zum Teil als Stoßdivisionen verwendbar. Die Reserven reichen nicht aus, um den Ersatz für die Verluste immer neuer großer Angriffe zu stellen. Das Frühjahr 1918 hat ergeben, daß die deutsche Kraft nicht mehr hinreicht, um das englisch-französische Heer vor dem Einsatz der

Amerikaner entscheidend zu schlagen. Ludendorff muß auf die geplante Entscheidungsschlacht in Flandern verzichten und zur Verteidigung übergehen. Die Initiative geht endgültig auf die Gegenseite über.

### 3. Der Gegenstoß der Alliierten, Juli bis September 1918

Unter der einheitlichen Führung des zum Marschall ernannten Foch beginnen die Alliierten seit dem 18. Juli und 8. August einen Gegenstoß, der bis zum Ende der Feindseligkeiten in immer neuen Angriffen fortgesetzt wird. Das Eintreffen der Amerikaner hat ihnen endgültig eine nicht mehr ausgleichende Überlegenheit an Menschen und Material (Luftwaffe, Artillerie wie Tanks) gegeben. Ende Juli 1918 stehen 1,4 Millionen Amerikaner in Frankreich; monatlich folgen weitere 250 000 Mann. Ludendorff sieht sich dagegen durch Mangel an Ersatz gezwungen, deutsche Divisionen in wachsender Zahl aufzulösen, ohne die übrigbleibenden auch nur einigermaßen auffüllen zu können. Er sieht sich gezwungen, in ständigem Ausweichen ganz Nordfrankreich und das westliche Belgien schrittweise aufzugeben.

- a) Der Gegenangriff Fochs am 18. Juli erzwingt die Aufgabe des ganzen Bodengewinnes der deutschen Maioffensive zwischen Chemin des Dames und Marne. — Der Tank- und Nebelangriff des 8. August vor Amiens wird nach Ludendorffs eigener Aussage zum „schwarzen Tag“ des deutschen Heeres.
- b) Ludendorff muß schon jetzt im Kronrat von Spa (15. August) dem Kaiser und der Reichsregierung erklären, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg auf militärischem Wege zu beenden. Der Kronrat beschließt, die diplomatische Verbindung mit den Gegnern zu suchen. Die Heeresleitung glaubt aber noch immer, den Feind durch zähe Defensive ermüden und zu Verhandlungen bereitwillig machen zu können.
- c) Das Fehlen ausgebauter rückwärtiger Stellungen veranlaßt Ludendorff, auf einen weit ausholenden Rückzug zu verzichten und Schritt für Schritt unter schwerster Anstrengung des Feldheeres dem Gegner jeden Geländegewinn zu erschweren. Trotzdem spitzt sich die Lage auch im Westen immer schärfer zu. Foch bereitet einen Angriff in Lothringen vor, der im Süden der Front auf die nahegelegene Rheinlinie zielt und die Gefahr in sich birgt, daß der Rückzug der Hauptmasse des deutschen Heeres in Nordfrankreich und Belgien undurchführbar wird.

### 4. Waffenstillstand und Revolution

- a) Die Katastrophe der Verbündeten und die Bitte Deutschlands um Waffenstillstand: In diesem Augenblick kommt die Nachricht vom Zusammenbruch der Türkei, Bulgariens und Österreich-Ungarns. Sie veranlaßt Ludendorff zu der Forderung, daß die Reichsregierung ein sofortiges Gesuch um Waffenstillstand an den Präsidenten Wilson richten müsse, um der drohenden militärischen Katastrophe zuvorzukommen. Nach der Demission des Reichskanzlers Graf Hertling wird eine parlamentarisch verantwortliche Regierung unter dem Prinzen Max von Baden gebildet. Dieser muß sich widerstrebend unter immer erneutem Drängen der Heeresleitung zu der Absendung der Bitte um Waffenstillstand entschließen, die die deutsche Kapitulation einleitet.

1. Im September bricht die Türkei vor einem neuen Angriff Allenbys in Palästina, Bulgarien durch eine Offensive der Salonikiarmee schlagartig zusammen. Beide sind völlig erschöpft und wenden sich mit der Bitte um Waffenstillstand an die Gegner. Kaiser Karl hat trotz deutschem Einspruch schon am 14. September eine Note mit der Bitte, Friedensverhandlungen einzuleiten, an Wilson gerichtet. Durch den Zusammenbruch Bulgariens wird die Südostflanke der Mittelmächte aufgerissen. Es droht ein alliierter Vormarsch über die Donau, durch Österreich-Ungarn und letzten Endes gegen die südöstliche Grenze Deutschlands. Hindenburg und Ludendorff entschließen sich daher am 28. September abends, der Reichsregierung die Forderung nach einem sofortigen Gesuch um Waffenstillstand an Wilson zu stellen; auch sie haben jetzt erkannt, daß der Krieg verloren ist.
2. Die Folge ist die Verabschiedung des greisen Reichskanzlers Grafen Hertling. Kaiser und OHL entschließen sich zu einer „Revolution von oben“. Sie appellieren an die Mitarbeit des ganzen Volkes am Geschick der Nation, da sie nur so hoffen können, im Innern den Eindruck dieser Wendung zur Katastrophe zu überstehen. Die Regierung des Prinzen Max von Baden bedeutet den Übergang Deutschlands zur parlamentarischen Staatsform. Die Minister werden den Reichstagsparteien entnommen; sie können zugleich Abgeordnete sein. Das Kabinett wird dem Reichstag verantwortlich. Dieser erhält Anteil an der Entscheidung über Krieg und Frieden. Die sofortige Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen wird zugestanden. Die Bismarcksche Reichsverfassung ist damit in ihren Grundlagen preisgegeben. Man hofft, daß diese Demokratisierung genügt, um Wilson, der jede Beziehung zu „willkürlichen“ Gewalten in Deutschland abgelehnt hat, zur Aufnahme von Verhandlungen zu bewegen.
3. Mit dem deutschen Waffenstillstandsgesuch, das Prinz Max unter dem Druck der Heeresleitung widerstrebend in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober absendet, beginnt ein längerer Notenwechsel mit Wilson. Der amerikanische Präsident erzwingt die sofortige Einstellung des U-Boot-Krieges. Ludendorff will sich dieser „Kapitulation“ widersetzen und wird entlassen. Hindenburg bleibt im Amt. Ferner versichert sich der Präsident, daß Deutschland das Programm der 14 Punkte als Grundlage des Waffenstillstandes und des Friedens anerkennt. Schließlich verlangt er Garantien, daß jede Spur willkürlicher Gewalten in Deutschland beseitigt sei, und gibt damit das Signal für den Zusammenbruch der Monarchie in Deutschland.

Nach dem Krieg entbrannte in Deutschland ein erbitterter Streit über die Frage, wer für den Zusammenbruch verantwortlich zu machen sei. Vor allem durch Ludendorff wurde die Auffassung vertreten, das deutsche Heer sei „im Felde unbesiegt“ geblieben. Es entstand die „Dolchstoß“-Legende, die behauptete, daß nur das Versagen der Heimat und die Novemberrevolution den deutschen Zusammenbruch verschuldet hätten. Demgegenüber steht fest, daß Ludendorff selbst in den Tagen nach dem 28./29. September die sofortige Absendung des Waffenstillstandsgesuches gegen alle Bedenken und Warnungen der Reichsregierung erzwang. Er selbst fürchtete damals, daß täglich eine Katastrophe an der Westfront eintreten könne. Angesichts der Überlegenheit der Entente, der Erschöpfung und Schwäche des deutschen Heeres, des Zusammenbruchs der Bundesgenossen und der Gefahr, daß das Reich in absehbarer Zeit einem Angriff auch im Südoosten und Süden durch Österreich — von Wien und der Brennerstraße her — ausgesetzt sein würde, kann kein ernster Zweifel bestehen, daß der Krieg auch militärisch verloren war. Wenn der erste Weltkrieg durch einen Waffenstillstand beendet wurde, ehe es zur Besetzung deutschen Bodens in größerem Umfang gekommen war, so geschah das, weil die Gegner, selbst Foch und Clemenceau, die Möglichkeit einer schnellen Beendigung des Blutvergießens begrüßten.

4. Die Waffenstillstandsverträge mit der Türkei und Bulgarien liefern diese Staaten wehrlos den Gegnern aus. Das österreichische Heer bricht durch Revolution in der Heimat, Absage der Nationalitäten — selbst der Ungarn — und Auflösung jeder Führung in einer letzten Piaveschlacht zusammen. Kaiser Karl schließt am 3. November einen Waffenstillstand, der der Entente den Aufmarsch gegen Bayern durch Osterreich und Tirol freigibt.

Deutschland folgt am 11. November mit dem Waffenstillstand von Compiègne. Dieser fordert die Räumung aller besetzten Gebiete, die Besetzung des linken Rheinufer und die Errichtung von Brückenköpfen auf dem rechten Ufer, die Abgabe großer Mengen von schweren Waffen, Rüstungsmaterial, Eisenbahnmaterial und Handelsschiffen. Er bestimmt die Internierung des größten Teils der Flotte bis zum Friedensschluß. Die Blockade bleibt bestehen. Die Entente will bewußt jede Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Kampfes durch Deutschland ausschließen und macht sie tatsächlich unmöglich. Bereits der Waffenstillstandsvertrag enthält die Bestimmung, daß Deutschland verpflichtet ist, „die Schäden zu ersetzen, die der zivilen Bevölkerung der verbündeten Nationen und ihrem Eigentum auf Grund des deutschen Angriffes zu Lande, zu Wasser und in der Luft entstanden“ sind.

- b) Die Novemberrevolution: Im Augenblick des Waffenstillstandes ist Deutschland bereits seit dem 9. November Republik. Die allgemeine Erschöpfung und die Erbitterung weiter Kreise des Volkes haben in den ersten Novembertagen dazu geführt, den Fortbestand der Monarchie unmöglich zu machen, die den Krieg geführt hat und für die Niederlage verantwortlich gemacht wird. Dazu kommt, daß Wilsons Noten den Eindruck erweckt haben, ein Friedensschluß sei unmöglich, solange die Monarchie unter ihrem bisherigen Träger fortbestehe. Fast ohne Kampf sind die alten Gewalten in Deutschland zwischen dem 3. und dem 9. November beseitigt worden.

Die Novemberrevolution 1918 ist eine Folge des verlorenen Krieges, zweifellos nicht die Ursache seines Verlustes gewesen. Die Friedenssehnsucht der notleidenden Massen bricht sich unwiderstehlich Bahn, nachdem das Waffenstillstandsgesuch einmal Aussicht auf das Ende des Blutvergießens eröffnet hat. Der Glaube, daß auch in den Ententestaaten der Ausbruch einer Revolution bevorstehe, ist weit verbreitet gewesen. Die Revolution beginnt am 3. November mit einer Erhebung der Kieler Matrosen und Arbeiter, die sich mit reißender Schnelligkeit über die großen Städte des Westens und Südens (Hannover, Braunschweig, Bremen, Köln, München) verbreitet. Die Regierung des Prinzen Max versucht vergeblich, den Kaiser zu rechtzeitiger Abdankung zu bewegen, um die selbst von der Mehrheitssozialdemokratie gewünschte Rettung der Monarchie zu ermöglichen. Als am 9. November die Revolution auch in Berlin ausbricht, ist es zu spät geworden. Auch jetzt will Wilhelm II. nur als Deutscher Kaiser, nicht als König von Preußen auf den Thron verzichten. Prinz Max von Baden sieht sich gezwungen, am Mittag des 9. November in Berlin den Verzicht ohne diesen Vorbehalt bekanntzugeben. Damit kann er jedoch den Sturz der Monarchie nicht aufhalten, nachdem sich am Vormittag auch die Mehrheitssozialdemokratie gegen diese gewendet hat. Um 14 Uhr nachmittags wird vom Balkon des Reichstages die Republik ausgerufen. Die Sozialdemokratie ist zu der Überzeugung gekommen, daß sich nur auf diesem Wege das Chaos und die bolschewistische Revolution vermeiden lassen. Hindenburg und sein neuer Stabschef

Gröner stellen sich der Regierung des „Rates der Volksbeauftragten“ zur Verfügung und übernehmen die Aufgabe, das Heer geordnet in die Heimat zurückzuführen. Wilhelm II. geht angesichts der völligen Unmöglichkeit jeglichen Widerstandes in der Nacht des 9./10. Novembers als Flüchtling in die Verbannung nach Holland.

Der erste Weltkrieg hinterläßt Europa in Trümmern. Er hat einschließlich der Opfer der Zivilbevölkerung ungefähr 10 Millionen Menschenleben gekostet (Verluste der Heere an Toten: Frankreich 1,3 Millionen, England 740 000, Italien 460 000, Belgien 44 000, Serbien 300 000, Deutschland 1,7 Millionen, Vereinigte Staaten 125 000). Alle kriegführenden Länder sind hoffnungslos verschuldet, ihre Währungen zerrüttet, der Welt-handel ist hoffnungslos zerstört. Hunger und Elend bedrohen weite Teile Europas, das ohne Einfuhr aus Übersee, in erster Linie aus Amerika, nicht hoffen kann, einem furchtbaren Zusammenbruch zu entgehen. Der Krieg hat überall die Leidenschaften der Völker aufs höchste gesteigert und eine Flutwelle des Nationalismus entfesselt, die die Aufgabe einer Versöhnung der Völker fast unlösbar macht. Der Friedensschluß, den eine Konferenz der Siegermächte in Paris vorbereiten soll, stellt eine Aufgabe dar, wie sie so schwierig in der Weltgeschichte bisher kaum gestellt war.

### III. DIE ERGEBNISSE DES ERSTEN WELTKRIEGES

Deutschland hat die Kapitulation des Waffenstillstandes unter der Voraussetzung vollzogen, daß die 14 Punkte des Präsidenten Wilson die Grundlage eines „gerechten und dauernden Friedens“ bilden sollten. Die Friedensverträge des Jahres 1919 sind unter Ausschluß der Besiegten in Verhandlungen der „alliierten und assoziierten Mächte“ in Paris festgestellt worden. Wilsons Absicht, den Friedensvertrag in „öffentlicher Diplomatie“ verhandeln zu lassen, erweist sich praktisch als nur begrenzt durchführbar. Der Friedenskongreß wird ganz überwiegend durch die Großmächte der Entente, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, bestimmt. Der aus zehn Mitgliedern bestehende „Oberste Rat“ dieser fünf Großmächte, später nur die „Großen Vier“ und zuletzt nur die „Großen Drei“, Wilson, Lloyd George und Clemenceau, haben in vertraulichen, geheimgehaltenen Vorberatungen die großen Entscheidungen getroffen.

Präsident Wilson, den bei seinem Eintreffen in Europa grenzenloser Jubel der vom Krieg gepeinigten Völker empfängt, hat anfangs gehofft, durch den von ihm geplanten Völkербund und durch den Grundsatz demokratischer Selbstbestimmung der Völker den Frieden der Welt dauernd begründen zu können. Er stößt in Paris immer wieder auf die harte Wirklichkeit der europäischen Staatenwelt, die ihm bisher nur in großen Umrissen vertraut gewesen ist. Er muß sich mit der englischen Forderung nach Vernichtung der deutschen Seemacht und nach Aufteilung des deutschen Kolonialbesitzes auseinandersetzen. Er hat mit der Sorge Frankreichs um seine Sicherheit bei einem künftigen Wiedererstarken Deutschlands zu rechnen. Die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes stößt in den nationalgemischten Grenzgebieten Osteuropas auf unvorhergesehene Schwierigkeiten. Die Pariser Friedensschlüsse von 1919 stellen den weitgehenden Versuch dar, den in der Französischen Revolution geborenen Gedanken des Nationalstaates der politischen Ordnung Europas zugrunde zu legen; sie enthüllen dadurch alle Schwierigkeiten und Gefahren, die in Gebieten national gemischter Bevölkerung mit diesem Prinzip verknüpft sind. Die Gefährdung Europas

durch den Druck der russischen Revolution treibt zur Eile, denn die Kriegszerstörung, die Fortsetzung der Wirtschaftsblockade nach dem Waffenstillstand, die Zerrüttung der Währungen durch Inflation drohen Europa in ein Chaos zu verwandeln. Die Friedensschlüsse von 1919 sind nicht ein freies Diktat durch den Willen unangefochtener Sieger, sondern ein mühsam der Not und den Leidenschaften der Stunde abgerungenes Kompromiß gewesen.

### A. Der Versailler Vertrag

Der am 28. Juli 1919 in Versailles unterzeichnete Friedensvertrag mit Deutschland ist das Ergebnis eines Diktates der Siegermächte. Er wird erst nach der Fertigstellung des Vertragstextes am 7. Mai 1919 im **1919** Spiegelsaal von Versailles einer deutschen Delegation unter dem Grafen Brockdorff-Rantzau übergeben und ist auf ihren Einspruch hin begrenzten Abänderungen unterzogen worden. Seine Annahme wird durch ein fünftägiges Ultimatum erzwungen. Sie wird nach schweren Kämpfen in der Weimarer Nationalversammlung am 22. Juni mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen. Die Oberste Heeresleitung und die Generalität haben sich zwar aus soldatischen Ehrengründen diesem Schritt widersetzt; sie müssen aber selbst eine Fortsetzung des Kampfes als aussichtslos bezeichnen. Auch die Opposition stellt der Mehrheit das Zeugnis aus, daß diese glaube, im Lebensinteresse des Reiches zu handeln, weil Deutschland bei Erneuerung des Kampfes mit dem Zerfall bedroht erscheint. Die in Deutschland allgemein nicht erwartete Härte der Friedensbedingungen hat aber die verhängnisvolle Folge, daß der Vertrag von Anfang an auf leidenschaftlichen Widerstand stößt. Seine Erfüllung bleibt dauernd Gegenstand erbitterter innerer Parteikämpfe.

#### 1. Landabtretungen

Deutschland verliert durch Landabtretungen im Westen, Norden und Osten 13% seines Gebietes und ein Achtel seiner Bevölkerung (6,4 Millionen, davon 3,4 Millionen Deutsche), 30% seiner Steinkohlenförderung und 75% seiner Erzerzeugung. Dazu kommt im Osten der Verlust seiner landwirtschaftlich ertragreichsten Gebiete mit 13% der Weizenenerzeugung, 18% der Roggen- und Gerstenernte sowie 20% der Kartoffelernte. Die Ernährung einer Bevölkerung von noch 62,5 Millionen Seelen (1929) ist stärker denn je auf die Ausfuhr seiner Industrieproduktion und die Einfuhr von Lebensmitteln, Futterstoffen und Rohstoffen angewiesen.

Im Westen wird Elsaß-Lothringen nach der bereits in Wilsons 14 Punkten enthaltenen Forderung an Frankreich zurückgegeben. Die Kreise Eupen und Malmédy gehen in belgischen Besitz über. Der französische Wunsch nach der Grenze von 1814 (mit Saarlouis, Landau und dem Saargebiet) scheitert an dem Widerstand Wilsons, der schließlich mit seiner Abreise von Paris droht. Clemenceau erlangt jedoch als Ausgleich für die Kriegszerstörungen im nordfranzösischen Kohlengebiet den Besitz der Saargruben. Das Saargebiet (650 000 Einwohner) wird der Verwaltung einer Völkerbundskommission unterstellt und soll sich nach 15 Jahren durch ein Plebiszit entscheiden, ob es zu Deutschland zurückkehren, sich an Frankreich anschließen oder dauernd unter internationaler Verwaltung bleiben will.

Im Norden soll die deutsch-dänische Grenze auf Grund einer Volksabstimmung neu gezogen werden. Der Versailler Vertrag führt damit eine Regelung durch, die auf Wunsch Napoleons III. bereits 1866 im Artikel V des Prager Friedensvertrages vorgesehen war. Dieser Artikel V des Prager Friedens ist nicht ausgeführt worden, da sich Bismarck und die Dänen über Ausdehnung und Methoden der Volksabstimmung nicht einig werden konnten. Österreich hat 1878 beim Abschluß des Zweibundes auf seine Durchführung verzichtet. Auf Grund der jetzt erfolgenden Abstimmung geht Nordschleswig nördlich der Linie Flensburg—Hoyer in dänischen Besitz über.

Am einschneidendsten sind die Folgen des Versailler Friedensvertrages für die deutsche Ostgrenze, an der Polen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu neuer nationaler Existenz ersteht. Die Republik Polen erhält fast die Gesamtheit der Provinzen Posen und Westpreußen sowie einen Teil von Hinterpommern. Sie trennt Ostpreußen durch einen breiten „Korridor“ zu dem großzügig ausgebauten Ostseehafen Gdingen vom Hauptteil des Reiches ab. Danzig wird durch den Einfluß von Lloyd George als Freistaat unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Polen erhält in ihm nicht nur weitgehende wirtschaftliche Rechte (Zollfreiheit, Eisenbahnverwaltung), sondern wird auch mit der Wahrnehmung seiner diplomatischen Vertretung nach außen beauftragt.

Im Süden Ostpreußens um Allenstein und in einem Restteil Westpreußens um Marienwerder entscheidet eine zu 98 Prozent für Deutschland ausfallende Volksabstimmung gegen den Übergang dieser Bezirke in polnischen Besitz. — Ebenso hat Lloyd George in letzter Stunde durchgesetzt, daß das Schicksal Oberschlesiens durch eine Volksabstimmung entschieden werden soll. Diese ergibt nach wiederholter Erschütterung des Landes durch polnische Aufstände (1919/20) am 20. März 1921 59,6 Prozent der Stimmen für Deutschland, 40,4 Prozent für Polen. Nach einem dritten erbitterten Ringen um das Land erfolgt auf Grund eines Gutachtens des Völkerbundes eine Teilung, die den größeren Teil (1 Million Seelen, 7522 qkm) Deutschland, einen kleineren (893 000 Seelen mit 3213 qkm) Polen zuweist. Der polnische Anteil umfaßt aber vier Fünftel der bergbaulichen und industriellen Werte des Landes.

Außerdem geht das zu Schlesien gehörige Hultschiner Ländchen in den Besitz der Tschechoslowakei über. Das zunächst an die alliierten Hauptmächte abgetretene Memelland wird im Januar 1923 von litauischen Freischärlern überannt und anschließend Litauen zugesprochen. Durch den Völkerbund wird 1924 ein Staatsvertrag, das Memelabkommen, vermittelt, das diesem Gebiet eine gewisse Autonomie in Gesetzgebung, Gericht, Verwaltung und Finanzwesen zusichert.

## 2. Entwaffnung

Nach der im Krieg entfalteten militärischen Stärke Deutschlands sind sich die Ententemächte über die Forderung einer durchgreifenden Entwaffnung Deutschlands unbedingt einig. Frankreich schlägt anfangs vor, ihm ein Milizheer mit kurzer Dienstzeit zu lassen. Dagegen setzt Lloyd George die Bildung eines zahlenmäßig begrenzten Berufsheeres mit Werbung und langer Dienstzeit (12 Jahre für Mannschaften, 25 Jahre für Offiziere) durch, für das nun Frankreich eine Beschränkung auf 100 000 Mann (einschließlich höchstens 4000 Offiziere) erzwingt.



Luftstreitkräfte sind verboten. Der Generalstab wird aufgelöst, seine Wiederherstellung in jeder Form untersagt. Die Ausstattung mit Geschützen, Waffen und Munition wird zahlenmäßig und unter Verbot aller modernen und schweren Waffen geregelt. Die Auflösung des noch immer 400 000 Mann starken alten Heeres wird der Aufsicht einer alliierten Kontrollkommission unterstellt, deren Tätigkeit durch viele Jahre von aufreizenden und dauernden Schwierigkeiten begleitet ist. Der Versailler Vertrag bezeichnet die Entwaffnung Deutschlands als Voraussetzung einer durch den Völkerbund zu regelnden allgemeinen Abrüstung. Er ruft damit in Deutschland die Auffassung wach, daß sich die Siegermächte verpflichtet haben, dem Beispiel der deutschen Abrüstung zu folgen.

Der Vertrag verpflichtet Deutschland weiter zur Auslieferung aller Linienschiffe und Kreuzer (mit Ausnahme von je 6) sowie aller Unterseeboote.

Die Flotte wird zunächst auf der Reede von Scapa Flow interniert, da die Sieger sich nur schwer darüber verständigen können, ob die deutschen Großkampfschiffe zerstört oder unter sie verteilt werden sollen. Sie ist hier unmittelbar vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 21. Juni 1919 auf den Befehl des Konteradmirals von Reuter durch die deutschen Restbesatzungen versenkt worden. Der Friedensvertrag beschränkt die Flotte auf 15 000 Mann und verbietet Deutschland den Besitz größerer Einheiten (Linienschiffe und große Kreuzer) sowie jeden Bau von Unterseebooten.

### 3. Reparationen

Nach dem Notenaustausch mit Wilson bei Abschluß des Waffenstillstandes soll Deutschland nicht Kriegskontributionen im alten Sinne zahlen, sondern Ersatz für die Schäden leisten, die der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum durch seinen Angriff zu Wasser und zu Lande entstanden sind. In Deutschland ist dies als Ersatzleistung für die durch militärische Angriffe verursachten Schäden verstanden worden. Die Reparationsforderungen des Versailler Vertrages haben aber in diese Forderungen die gesamten Pensionsansprüche einbegriffen, die den Alliierten durch den Krieg erwachsen sind. Eine von den Amerikanern vorgeschlagene Begrenzung auf die Summe von 25 Milliarden Dollar wird von den Verbündeten als völlig ungenügend abgelehnt. Die Mehrzahl der französischen und englischen Staatsmänner ist in Versailles überzeugt gewesen, daß man die Zahlung von Summen in Höhe von über 300 Milliarden Goldfrancs erzwingen könne. Da man sich nicht zu einigen vermag, bleibt schließlich die Festsetzung der endgültigen Höhe der deutschen Zahlungen vorbehalten.

Der Gesamtbetrag der Reparationen und der Zahlungsplan sollen durch eine Reparationskommission der Sieger festgestellt werden. Diese hat die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu überwachen und zu beobachten, daß seine Steuern nicht zu niedrig festgesetzt werden. Neben Barzahlungen sind Sachleistungen, Ablieferungen von Tieren, Maschinen, Fabrikanlagen, Wiederaufbaumaterial, vor allem Kohle (2 Millionen Tonnen monatlich), in Aussicht genommen.

Als Rückerstattung für Requisitionen und Zerstörungen hat Deutschland ohne Anrechnung auf Reparationskonto große Vermögenswerte, 140 000 Milchkühe, umfangreiches Eisenbahnmaterial, seine Handelsflotte sowie seine gesamten Überseekabel u. a. abzuliefern. Es muß außerdem die Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmee in Deutschland tragen. Das deutsche Privatvermögen im Gebiet der bisherigen Feindmächte, d. h. der weitaus größte Teil

der deutschen Auslandsguthaben, wird beschlagnahmt, während Feindvermögen in Deutschland zurückerstattet werden muß.

Die Reparationsbestimmungen sind der Teil des Versailler Vertrages, der heute allgemein als volkswirtschaftlich verfehlt und undurchführbar erkannt ist. Nach dem Ausgang des zweiten Weltkrieges ist der Versuch, in vollem Umfang auf dieses Vorbild zurückzugreifen, von keiner Seite gemacht worden. Sachverständige wie der Engländer Keynes sagten 1919 sofort voraus, daß die deutsche Wirtschaft die Last dieser Reparationspflicht auf unbestimmte Zeit nicht werde tragen können und daß ihre unvermeidliche Folge die Zerrüttung der gesamten Weltwirtschaft sein müsse.

Diese materielle Belastung ist durch den Artikel 231 des Versailler Vertrages mit einer Bestimmung verbunden worden, die in Deutschland als moralische Ächtung aufgefaßt und im publizistischen wie geschichtlich-wissenschaftlichen Kampfe leidenschaftlich zurückgewiesen worden ist. Nach diesem sogenannten Kriegsschuldartikel erklären die alliierten und assoziierten Regierungen „und Deutschland erkennt an“, daß es als Urheber des Krieges für alle Verluste und Schäden verantwortlich ist, die die Gegenseite „infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde“, erlitten hat.

Nach der in den ersten Nachkriegsjahren allgemein herrschenden Auffassung wurde damit die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch festgelegt und von ihm selbst unter dem Zwang eines Ultimatus anerkannt. Lloyd George hat diese Schuldanklage gelegentlich als Grundlage des ganzen Vertrages bezeichnet. Als im Verlauf der wissenschaftlichen Auseinandersetzung diese Schuldthese problematisch wurde, ist, vor allem in Frankreich, der Standpunkt vertreten worden, der § 231 wolle nicht eine kriminelle Schuld, sondern nur eine tatsächliche Haftbarkeit des Reiches für die Kriegsschäden festlegen. In Deutschland blieb die entgegengesetzte Auffassung bestehen. Der Kampf gegen die Kriegsschuldanklage als moralische und rechtliche Belastung des Besiegten blieb dadurch in der ganzen Zwischenkriegsepoche ein schweres Hemmnis für die innere Wiederannäherung der Völker.

#### 4. Rheinlandbesetzung

Als Sicherheit für die Ausführung des Vertrages bleibt das linke Rheinufer einschließlich der Brückenköpfe in drei Zonen (Köln, Aachen-Koblenz, Trier-Pfalz-Mainz) auf 5, 10 und 15 Jahre besetzt. Alle Befestigungen auf dem linken Rheinufer sowie in einer 50 km breiten Zone des rechten Rheinufers müssen geschleift werden. Dieses „entmilitarisierte“ Rheinland darf mit deutschen Garnisonen nicht belegt werden. Ebenso müssen die Befestigungen Helgolands und am Nordostseekanal geschleift werden.

Die Entmilitarisierung des Rheinlandes wie auch die Abrüstung ist ein Zugeständnis an die französischen Sicherheitsforderungen. Dagegen haben Wilson und Lloyd George die von Poincaré unterstützte Forderung Fochs nach der Rheingrenze abgewehrt, indem sie Frankreich einen Garantievertrag der beiden angelsächsischen Mächte gegen erneuten deutschen Angriff in Aussicht stellen. Dieser Plan scheitert an der Ablehnung des Friedensvertrags durch den amerikanischen Senat. Auch England hat sich schließlich geweigert, die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten in Aussicht gestellte Garantiepflcht allein zu tragen. Um so größeren Wert hat die französische Politik lange Zeit auf die Besetzung und Entmilitarisierung des Rheinlandes gelegt, die in Deutschland als Souveränitätsminderung in dem verbleibenden Reichsgebiet entsprechend schwer empfunden wurde.

## B. Die Pariser Vorortfriedensschlüsse mit Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei

Wie das Deutsche Reich erliden auch seine Verbündeten, Österreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei, Minderungen ihrer Macht, die eine tiefgreifende Revolution in der Landkarte Europas und in den Verhältnissen des Staatensystems bedeuten.

1. Österreich wird durch Verbot der Sieger gezwungen, auf den Anschluß an das Reich, den die ganz überwiegende Mehrheit wünscht, zu verzichten. Es wird durch den Frieden von St. Germain eine selbständige Bundesrepublik mit 84 000 qkm, 6,5 Millionen Einwohnern und einer Armee von nur 30 000 Mann.

Südtirol wird italienisch; die Grenzen im südlichen Kärnten und Krain gegen Südslawien und im Burgenland gegen Ungarn werden durch Volksabstimmung geregelt. — Der Rumpfstaat Österreich erbt die alte Reichshauptstadt Wien und befindet sich schon in den ersten Jahren seines Bestehens in wirtschaftlich so schwieriger Lage, daß er sein Dasein nur mit Hilfe des Völkerbundes fristen kann.

2. Ungarn verliert im Frieden von Trianon (1920) zwei Drittel seines Gebietes, unter Abgabe von 3 Millionen Madjaren umfaßt es nur noch 92 000 qkm mit 8 Millionen Einwohnern.

Bosnien und die Herzegowina, Kroatien und Slowenien fallen an Südslawien, das Banat, Siebenbürgen, die Bukowina und das Gebiet bis zur Theiß an Rumänien, das slowakische Gebiet an die Tschechoslowakei.

3. Bulgarien tritt im Frieden von Neuilly (1919) den Nordwesten seines Gebietes an Südslawien (Sofia nur noch 30 km von der Grenze), Thrazien mit seinem Ausgang zum Ägäischen Meer an Griechenland, die Dobrudscha an Rumänien ab. Das heiß umstrittene Mazedonien wird zwischen Griechenland und Südslawien aufgeteilt.
4. Die Türkei scheint durch den Frieden von Sèvres (August 1920) bis auf einen bescheidenen Rumpfstaat in Anatolien und den Besitz von Konstantinopel dem Untergang verfallen.

Sie verliert ihr ganzes europäisches Gebiet bis unmittelbar vor die Tore Konstantinopels. Durch Lloyd George wird den Griechen Smyrna zugesprochen und damit auch das türkische Kernland in Kleinasien gefährdet. England und Frankreich teilen sich in die arabischen Herrschaftsgebiete der Türkei. England erhält ein Mandat über den Irak, das alte Mesopotamien und Palästina, Frankreich über Syrien. Nur die arabische Halbinsel wird unter starkem englischem Einfluß selbständig. Während die Türkei zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken scheint, hat England die Verfügung über die entscheidenden Teile der Landbrücke vom Suezkanal zum Persischen Golf erhalten. Der Traum einer durchgehenden Verbindung Kap—Kairo—Kalkutta, d. h. eines englischen Weltreiches um den Indischen Ozean, ist Tatsache geworden.

## C. Der Völkerbund

Die im Ringen zwischen den Idealen Wilsons und der Machtüberlieferung der europäischen Mächte entstandene Regelung der Pariser Friedensschlüsse bedeutet eine tiefgehende Umwälzung alles Bestehenden, die notwendig zahllose Widerstände wachrufen und neue Konflikte erzeugen muß. Wilson selbst ist sich darüber klar

gewesen, daß sie keine Ideallösung darstellt. Er hofft aber, die drohenden Spannungen durch den ersten großen Versuch einer überstaatlichen Völkerorganisation im Dienste des Friedensgedankens überwinden zu können.

Der von ihm gegründete Völkerbund stellt nach seiner Überzeugung den eigentlichen Kern des Friedenswerkes dar. Der Präsident hat in Paris seinen ganzen Einfluß in die Waagschale geworfen, um die Annahme der Völkerbundsakte vor der Regelung der territorialen — und politischen — Streitfragen zu erzwingen. Die Völkerbundsakte wird bereits dem Friedensvertrag mit Deutschland (Artikel 1—26) vorangestellt, um sie als Grundlage der gesamten Neuordnung hervorzuheben.

Die Bildung eines Völkerbundes „zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit“ stellt die Völkerwelt vor eine völlig neuartige Aufgabe. Auch Wilson weiß, daß es sich um ein gewagtes Experiment handelt, und hat sich daher damit begnügt, erste Umrisse einer solchen Organisation vorzuzeichnen, auf deren spätere Entwicklungsfähigkeit er zuversichtlich rechnet. Die Völkerbundsakte sieht die Bildung eines Völkerbundsrates aus Vertretern der großen Mächte (5) und einer Anzahl gewählter Vertreter der kleineren Staaten (9) sowie eine Völkerbundsversammlung mit gleichem Stimmrecht aller Mitgliedstaaten vor. Für Beschlüsse beider Versammlungen ist Einstimmigkeit vorgeschrieben.

Die besiegten Staaten sind zunächst von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Sie können erst nach einer Probezeit und mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit aufgenommen werden. Die Neutralen werden zum Beitritt eingeladen, ohne auf die Gestaltung der Verfassung Einfluß zu erhalten. Die Folge ist, daß der Völkerbund ganz überwiegend unter dem Einfluß der großen Weltmächte und damit praktisch der Siegerstaaten steht. Er betrachtet sich in den Anfängen seiner Entwicklung wesentlich als Garant des Besitzstandes, wie er 1919 geregelt ist. Die Möglichkeit einer Revision des Bestehenden ist zwar vorgesehen, tritt aber praktisch ganz in den Hintergrund. Der Völkerbund erscheint daher den besiegten Völkern zunächst immer wieder als bloße Sicherung des aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Staatensystems.

In Deutschland wird der Verlust der Kolonien doppelt bitter empfunden, weil ihm in der Begründung des Mandatsystems die Fähigkeit zu menschlich gerechter Behandlung der Eingeborenen abgesprochen wird. Die Entwicklung des Mandatsystems hat praktisch den Einfluß der Völkerbundsaufsicht in starkem Maße hinter der Rolle der Mandatsmächte zurücktreten lassen. Geschichtlich bedeutet diese Lösung aber doch ein Zeichen dafür, daß die Zeit einfacher imperialistischer Verfügung über die Völkerwelt außerhalb Europas, die Zeit der kolonialen Unterordnung der farbigen Rassen zu Ende zu gehen beginnt.

Als zweite und wichtigste Aufgabe ist dem Völkerbund die Bearbeitung der allgemeinen Abrüstung zugeordnet, die jedoch nur langsam und stockend in Fluß kommt. Eine Lösung ist während seiner ganzen Lebenszeit niemals erreicht worden.

Die Enttäuschung der Völker über das Versagen des Völkerbundes vor der ihm zugeordneten Friedensaufgabe führte zu bitterer Kritik und häufiger Ablehnung der Schöpfung Wilsons. Sie wurde immer wieder als der Traum eines Utopisten

verspottet. Ja selbst die Ehrlichkeit seiner Motive ist oft in ungerechter Weise in Zweifel gezogen worden. Das Versagen des Völkerbundes beruhte jedoch nicht etwa einfach auf der Unfruchtbarkeit des Grundgedankens einer übernationalen Friedensorganisation, die in der Gegenwart notwendiger denn je geworden ist. Es war nicht einfach persönliche Schuld Wilsons, wenn der Völkerbund nicht die von ihm gewünschte weltumspannende Organisation wurde. Durch die Nachwirkung der Kriegsleidenschaften wurde das besiegte Deutschland erst 1926 aufgenommen. Dazu fehlte ihm von Anfang an die Mitgliedschaft der beiden führenden Weltmächte: der Senat der Vereinigten Staaten lehnte gegen den verzweifelten Protest Wilsons den Friedensvertrag und den Beitritt zum Völkerbund ab. Die Sowjetunion aber trat erst 1934 bei, während Japan, Italien und Deutschland nacheinander wieder ausschieden. Der Völkerbund wurde so niemals die weltumspannende Organisation, die er nach der Absicht seines Gründers hätte sein sollen.

### D. Würdigung

Die Pariser Friedensschlüsse sind auch im Lager der Sieger ebensooft Gegenstand schärfster Kritik wie überzeugter Verteidigung gewesen. Man hat ihnen bald zu große Härte, bald unüberlegte Milde vorgeworfen, sie bald angeklagt, zu doktrinär, bald das Erzeugnis grundsatzloser Kompromisse gewesen zu sein. Vor allem ist oft eingewendet worden, daß sich in ihnen eine Mischung des Geistes Clemenceaus und Wilsons niedergeschlagen habe und daß ihr Ergebnis durch diese Halbheit keinen Bestand hätte erlangen können.

Dieser geistige Kampf um den Versailler Vertrag ist begreiflicherweise in dem besiegten Deutschland mit besonderer Erregung durchgeföhrt worden. Er ist Gegenstand scharfer Kritik auch bei vielen gewesen, die durchaus bereit waren, an der loyalen Erfüllung gegebener Vertragspflichten nicht zu rütteln.

Nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges ist heute unser Abstand zu den Ereignissen von 1919 größer geworden. Und es scheint, daß die deutsche Öffentlichkeit der ersten Generation in manchem doch dem Druck des Augenblicks zu sehr erlegen ist. Man hat in Deutschland den Versailler Vertrag viel zu sehr als dauernde, unänderlich gegebene Norm des Staatenlebens für alle Zukunft angesehen und nicht beachtet, daß er wie alles Menschenwerk in den Fluß der geschichtlichen Entwicklung geraten mußte. Tatsächlich sind wichtige Teile des Friedensvertrages entweder nicht ausgeführt oder später wesentlich gemildert worden. Die Reparationen erwiesen sich in der vorgesehenen Weise als undurchführbar. Die Räumung des Rheinlandes ist zum Teil mit starker Beschleunigung durchgeführt worden. 1932 ist selbst ein grundsätzlicher Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung der Rüstung wieder anerkannt worden.

Am unerträglichsten sind den Mitlebenden die Gebietsverluste im Osten erschienen, die 1939 zum Ausgangspunkt des zweiten Weltkrieges werden sollten. Man übersah dabei nur allzu oft, daß durch die Bildung eines Gürtels unabhängiger Randstaaten zwischen Ostsee und Schwarzem Meer der Druck des russischen Kolosses stärker nach Osten zurückgeschoben wurde, als dies jemals seit den Teilungen Polens im 18. Jahrhundert der Fall gewesen war. Es hätte ein dringendes deutsches Interesse daran bestanden, dieser Entlastung der eigenen Lage im Osten durch friedliche Zusammenarbeit mit der neuen Staatenwelt Dauer zu verleihen.

Schließlich hat die deutsche Kritik in ihrer begreiflichen Bestürzung die Schwierigkeiten nicht immer gewürdigt, die einem Friedensschluß von solcher Ausdehnung notwendig entgegenstanden, nachdem die Völkerwelt in einen totalen Krieg bis zum

Äußersten verwickelt gewesen war. Die Summe der dadurch in den Völkern entwickelten Leidenschaften konnte unmöglich am Tage des Waffenstillstandes mit einem Schläge durch die kühle Vernunft des Staatsmannes ausgeschaltet werden. Auch die Regierungen der Entente mußten in einer demokratischen Epoche mit dem Willen ihrer Völker rechnen, der im Zeitpunkt der Friedensverhandlungen noch ganz von den nur langsam zu überwindenden Eindrücken und Gefühlen der Kriegsjahre bestimmt war.

Wie jeder große Friedensschluß der Geschichte konnte auch der Versailler Vertrag nur ein Werk menschlicher Unvollkommenheit, der von ihm geschaffene Zustand nicht ein Ende, sondern nur eine Aufgabe für die Zukunft sein. Es ist zum Verhängnis der ihm folgenden Generation geworden, daß sie die in Versailles offengelassenen Aufgaben nicht zu lösen vermochte.